

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846**

22 (16.12.1846)



Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 22.

Karlsruhe, Mittwoch den 16. December.

1846.

Herausgegeben von Karl Matthy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreifaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Fabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

## Ankündigung.

Die Rundschau erscheint auch im nächsten Jahre wöchentlich zweimal, jeden Mittwoch und Samstag. Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel. Außerdem nehmen noch die Buchhandlungen von Fr. Fabel in Heidelberg und H. Hoff in Mannheim Bestellungen, Briefe und Anzeigen für die Rundschau an.

Der Preis für das halbe Jahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1847 ist 1 fl. 24 kr., durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen. —

### Ein Wort über die Geschworenen.

In einer ärgerlichen Geschichte zwischen einem Grafen, einer Baronin, einer Gräfin und drei Helfershelfern, hat das Geschworenengericht zu Köln einen der Letzteren, welcher des Diebstahls der Kassetten der Baronin angeklagt war, freigesprochen, weil der Thatbestand des Diebstahls, wozu die gewinnstüchtige Absicht gehört, nicht hergestellt schien. Für die Geschichte selbst haben wir keinen Raum, sie ist in vielen andern Plätzen zu lesen. Dagegen halten wir es für angemessen, eine Stimme aus den Rheinlanden mitzutheilen, welche das Urtheil der Geschworenen gegen einen Tadel in der allgemeinen Zeitung vertheidigt und dann fortfährt: Hinsichtlich der Juryfrage im Allgemeinen ist der Umstand bemerkenswerth, daß die große Mehrheit der Gegner des Instituts aus Juristen besteht, welche noch keine Gelegenheit hatten, aus eigener längerer Beobachtung die Wirksamkeit desselben kennen zu lernen; wohingegen die Rechtsgelehrten der Länder, welche das Schwurgericht besitzen, fast einstimmig dessen Vertheidigung führen. Nicht wenige Beispiele liegen vor, daß entschiedene Gegner, nachdem sie längere Zeit eigene Beobachtung angestellt, die wärmsten Vertheidiger geworden sind. Handelt es sich übrigens von Einführung der Jury in deutschen Ländern, welchen sie bisher fremd war, so wird sie nicht geschehen, ohne in Betreff der Mängel, welche in der Praxis jenseits des Rheins und jenseits des Kanals wahrgenommen worden, die erforderliche Abhilfe zu erfinden; man wird es insbesondere in Ansehung der Zusammensetzung und Bildung der Jury, sowie hinsichtlich der Bestimmungen über Fragenstellung und über Beschlußfassung durch Stimmeneinheit oder Mehrheit, an der reifsten Erwägung nicht fehlen lassen. Obnehin wird durch die bisherige Wirksamkeit des Instituts in den deutschen Provinzen am Rhein die Annahme begründet, daß Verirrungen und Mißgriffe, welche in Verdicten der französischen und englischen Geschworenen vorkommen, in Deutschland eine seltenerere Erscheinung sein werden, und daß gerade der deutsche

Charakter geeignet sei, die Vorzüge dieser Einrichtung zur Evidenz zu bringen. Die Hinweisung auf ungerechte Verurtheilungen und skandalöse Freisprechungen, von welchen die Geschichte der Jury erzählt, so wie auf ihre Entartung in Zeiten politischer Aufregung und unter dem Druck despotischer Regierungen, kann kein erhebliches Bedenken erzeugen. Von keiner menschlichen Einrichtung läßt sich Unfehlbarkeit erwarten, und in der Geschichte der Strafrechtspflege durch rechtsgelehrte Richter sind die schwarzen Blätter noch zahlreicher. Erst in den neuesten Jahren haben juristische Zeitschriften zwei Fälle (aus Baden und Königreich Sachsen) mitgetheilt, in welchen die Unschuld von Personen ermittelt wurde, gegen welche die von den Criminalgerichten erster und zweiter Instanz wegen Raubs erkannte Strafe zum Vollzug gekommen war. In Strafsachen von politischer Farbe sind vor nicht langer Zeit Verurtheilungen vorgekommen, deren Ungerechtigkeit schon aus dem Rubrum (wegen culpofer Beleidigung, culpofer Hülfleistung) in die Augen springt. Mag aber immerhin die Frage, ob die Verpflanzung des Geschworenengerichts auf deutschen Boden diesseits des Rheins anzurathen sei, aus dem juristischen Standpunkt als eine zweifelhafte gelten, staatsmännische Erwägungen sprechen entschieden dafür, und zwar im Interesse der Regierungen, insbesondere der mittleren und kleineren deutschen Staaten. Das Geschworenengericht besteht mit der öffentlichen mündlichen Rechtspflege in einem bedeutenden Theil des deutschen Landes zu allgemeiner Zufriedenheit und mit inniger Anhänglichkeit der dortigen Einwohner. Dieß Beispiel vor Augen, kann man nicht bezweifeln, daß die diesseitigen Bevölkerungen jene Institutionen aus der Hand ihrer Regierungen wie eine große Wohlthat und mit innigem Dank empfangen würden. Wenn es Staatsweisheit ist, die allgemeine Zufriedenheit zu erstreben, und das Verhältnis zwischen Fürst und Volk inniger und fester zu machen, so stellt sich die fragliche Verpflanzung als empfehlenswerth dar. Sie empfiehlt sich aber auch durch eine andere zu hoffende Wirkung, die Belebung des Gemeingeistes, die Kräftigung des



Bürgerfinnes. Die Zeichen am politischen Horizont mahnen daran, daß näher oder ferner Zeiten bevorstehen, in welchen die deutschen Fürsten in hoher Entwicklung moralischer Kraft der unter ihrem Scepter vereinigten Stämme die beste Gewähr gegen drohende Gefahren finden werden. Seit mehreren Jahrhunderten gibt sich in der Geschichte die fortschreitende Richtung zur Bildung größerer Staatenmassen kund, und wer weiß nicht, wie oft die Selbstständigkeit der kleineren und mittleren Staaten geopfert wurde, um Compensationsobjekte auszumitteln. Congresse und Bundesverträge sind in den Tagen weltgeschichtlicher Erschütterungen eine nichtige Garantie; wie wenig die Zukunft verbürgt sei, welche nichts als solche Urkunden zur Stütze hat, zeigt eine der Gegenwart angehörige vollbrachte That. Aber auch Staaten von geringerem Umfange können nach dem Zeugniß der Geschichte künftigen Prüfungstagen getroßt entgegensehen, wenn es ihnen an der moralischen Grundlage eines selbstständigen Daseins nicht fehlt, an der Innigkeit des Verhältnisses zwischen Regierung und Volk, an der lebendigen Einheit aller Glieder des Gemeinwesens, an dem allgemeinen Bewußtsein, als Angehörige dieses Gemeinwesens eine sichere Bürgschaft für alles zu besitzen, was dem Menschen lieb und theuer ist. Die gemeine Verwaltungsklugheit ist bemüht, dem heutigen Tage einen leidlichen Zustand zu verschaffen, und den nächstfolgenden von Verlegenheiten frei zu halten. Der ächte Staatsmann aber wendet seinen Blick auch einer fernern Zukunft zu, und sucht, so viel an ihm liegt, für Jahrhunderte zu bauen.

(Dr. Wirth.) Auf die Nachricht, daß Dr. Wirth an dem von Neujahr an in Konstanz erscheinenden Blatte „der Tagesherold“ theilnehmen werde, woraus geschlossen wurde, daß er seine politischen Gesinnungen geändert habe, sprach ein Brief aus Konstanz im *Mannheimer Journal* das Bedauern, zugleich aber auch den Zweifel an der Wahrheit des Gerüchtes aus: „Diesen Wirth — so lauteten die Worte — welcher vor dem Geschworenengerichte des bayerischen Rheinkreises mit einem Kühnen, vom Vaterlande bewunderten Muthes sein großartiges Glaubensbekenntniß ablegte, welcher, durchglüht von der reinsten Idee der Volksfreiheit, die deutsche Tribüne und die Volkshalle schrieb, — welcher die schwere Probe des Kerkers und der Verbannung ungebeugt bestand, und seit einem Jahrzehnt die republikanische Lust des freien und gastlichen Thurgaus geathmet, — Wirth, welchen nicht nur die geistreiche Freifrau von Gotta zu München, sondern ganz Deutschland mit Recht den „eisernen Mann“ nannte, und welcher selbst in seiner Bedrängniß den Verlockungen der bayerischen Minister stets siegreich widerstand, — des Gedankens wie des Wortes Meister, — ihn, Johann Georg August Wirth, nun auch in Livree uns zu denken, wahrlich das Vermögen wir nicht! Wir läugnen daher diese Sage, so lange wir nicht, wie weiland St. Thomas, die Finger in diese neue schmerzliche Wunde des Vaterlandes legen müßten.“ — Fast gleichzeitig mit dieser Aeußerung eines patriotischen Gefühles hatte Dr. Wirth seine Erklärung in den schwäbischen Merkur gegeben, worin er die Behauptung oder Vermuthung, als sei er Mitarbeiter einer neuen Zeitung in Konstanz für durchaus ungegründet erklärt. Ueber sein politisches Glaubensbekenntniß äußert sich der vielgeprüfte Mann nicht, und so lange es dasselbe bleibt, welches er vor den Geschworenen in Landau

abgelegt, hat er auch keinen Anlaß, es zu wiederholen. Allein die seiner Erklärung beigelegte Bemerkung, daß er seit mehreren Jahren keine öffentlichen Blätter lese, deutet auf eine Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit, welche durch eine kräftige Theilnahme der Nation an dem Schicksale des wackern, edlen Mannes gehoben werden könnte und sollte. Deutschland hat nicht zu viele Männer, welche solche Proben von Volksliebe, Geistesreichthum und Characterstärke abgelegt haben, wie Dr. Wirth; allein auch ein starker Geist und Wille kann durch Seelen- und Körperstimmungen aufgerieben und gebrochen werden, wie ein trauriges Beispiel in den letzten Tagen erst gezeigt hat. Wir glauben, daß die näheren Freunde von Dr. Wirth noch rechtzeitig Mittel und Wege finden könnten, um in ganz Deutschland die Theilnahme an diesem wahren Vaterlandsfreunde mit Erfolg zu wecken.

(Die Ueberlandpost.) Von den sechs Probefahrten der indischen Post durch Deutschland sind nun drei gemacht und haben bewiesen, daß dieser Weg mindestens eben so schnell zurückgelegt werden kann, als jener durch Frankreich. Bei dem letzten Versuch wurde die Reise von Triest nach London in nur vier Tagen und einer Stunde zurückgelegt und traf, wie man zuverlässig erfahren hat, einige Stunden vor dem französischen Courier (der aber zuerst in die Bureau der Zeitungen geifelt war) in London ein. Den Engländern ist die Landreise die Hauptfrage, und hierin hat der Weg durch Deutschland den Vorzug, den Frankreich ihm nur dann abgewinnen könnte, wenn seine Eisenbahnen früher fertig würden, als die betreffenden deutschen Bahnen. Die Seereise, welche bei der letzten Fahrt besonders ungünstig war und von Alexandrien bis Triest  $6\frac{1}{2}$  Tage erforderte, können die Engländer leicht beschleunigen, indem sie bessere Dampfschiffe verwenden, als der „Arden“, auf welchem die letzte Reise gemacht wurde. Die britischen Minister, so wie die ostindische Gesellschaft haben sich durch die bisherigen Probefahrten von der Vorzüglichkeit der deutschen Ueberlandpost überzeugt. Dieselben ergeben nämlich für den Weg über Marseille einen Durchschnitt von  $250\frac{1}{2}$ , über Triest von  $247\frac{1}{2}$  Stunden, ein Verhältniß, welches sich durch beschleunigte Seefahrt noch günstiger für uns gestaltet. Hierdurch erlangt auch Holland eine schnellere Verbindung mit seinen Besitzungen in Ostindien, das westliche und südliche Deutschland erhalten einen starken Durchzug von Personen und Gütern, der indische Handel kehrt zu dem Becken des Mittelmeeres, und von da auf seine alte Straße über die Alpen nach dem Bodensee und dem Rhein zurück. Soll Triest der Anknüpfungspunkt bleiben, so darf die Eisenbahn zwischen München und Triest nicht über Wien gehen, sondern es muß die Strecke über Bruck-Salzburg gebaut werden. Geschieht dies nicht, so würde sich der Zug wohl nach Ancona und Brindisi wenden, Sardinien und die Schweiz durchschneiden und das südwestliche Deutschland auf einer längeren Strecke durchziehen, woran Baden theilnehmen könnte, wenn die Rinzigthalbahn gebaut wird, welche übrigens auch für den Weg über Triest mit der Verlängerung der bayerischen Bahn bis Frankfurt in günstige Mitbewerbung treten könnte.



Die Blätter des Rückschrittes scheinen nach gerade auf die Vermuthung zu kommen, daß der letzte Landtag doch nicht so ganz ohne Früchte bleiben werde, wie sie sich geschmeichelt hatten. Sie wittern Morgenluft — o, daß sie richtig witterten — und es graut ihnen bei dem Gedanken, daß eine Zeit herannah, wo der Regierung mit ihren bisherigen Diensten nicht mehr gedient sei. Sie fühlen sich hülflos bei der bloßen Vorstellung eines Systems, bei welchem Schmeicheln, Anschwärzen, Schwächen auf selbstständige Charaktere und edle Bestrebungen, — die einzigen Künste, welche sie gelernt haben, — nicht angenehm machen und Vortheil bringen. Sie zittern schon vor der Möglichkeit, es könne so weit kommen, daß die bürgerliche Freiheit nicht mehr unterdrückt, daß die Stimme des Volkes, durch freigewählte Vertreter ausgesprochen, beachtet werde. Bei dieser schauerhaften Möglichkeit erlahmt einem dieser Blätter die angefangene Rede und läuft in Gedankenstriche und Fragzeichen aus. Und die gesammte Klippe der Speichellecker, Angeber und Geschichtsträger, sie, welche „des Unheils mehr schon angerichtet, als Gift und Dolch in Mörderhand je konnten,“ werden zum erstenmale ernstlich böse auf — die Opposition. Sie sehen jetzt erst ein, wie nützlich ihnen dieselbe gewesen war. Sollte, könnte dies jemals anders werden? — Wir sind überzeugt, daß es anders werden wird, daß die Gesinnungen, welche allgemein verbreitet, das jeztlebende Geschlecht durchdringen, daß die Ideen des Rechts und der Freiheit in Deutschland siegen werden über die Thatfachen der Willkür und der Bedrückung. Ob dies heute, ob es morgen, ob es nach Jahren erst geschieht, das ist eine Frage der Zeit, die wir zu beantworten nicht Schergabe genug besitzen. Die Werkzeuge des Rückschrittes aber scheinen zu fürchten, daß es bald besser werde, ja daß in Baden schon Spuren künftiger Besserung zu bemerken seien. Sie besitzen für ihre Beobachtungen vielleicht stärkere Vergrößerungsgläser als wir, wenigstens eines, das ins Ungeheure vergrößert und das wir nicht haben, die Furcht. Und darum sind sie auch so erbozt über die Opposition, die an Allem Schuld sein soll, welche dazu noch einig ist und bleibt, und am Ende nicht einmal mehr zum Sündenbock zu brauchen wäre! Was sollen denn diese Menschen beginnen, wenn ihre schlechten Künste auch noch anfangen, brodtlose Künste zu werden. Wirkliche Verdienste durch nützliche Arbeiten zu erwerben, ist ihnen unmöglich. Ihre Blätter können in Bezug auf die Förderung geistiger und materieller Interessen der Staatsgesellschaft nichts Vernünftiges zu Tage fördern, weil sie nichts gelernt haben, als Bücklinge machen und bellen. Nun nehmen sie es den freisinnigen unabhängigen Blättern übel, daß diese ihren Lesern Besseres bieten und möchten sie gern auf die öden Tummelplätze unpraktischer Zänkereien verlocken. Vergebliches Bemühen; sie richten nichts aus. Ein solches Blatt, welches sein seit kurzem aufgestecktes Fortschritts-„Kränzlein“ bereits eingebüßt hat, macht sich besonders breit mit seiner Angst vor einer besseren Zeit für redliche Bürger. Es wird dieses Blatt, wie man vernimmt, von Niemand mehr gelesen, und hat nur noch für eine gewisse Stadtkasse als leidenden Theil ein Interesse; wir werden es daher auch selten mehr berühren. Nur den charakteristischen Zug, der wie ein rother Faden durch die Rückschritts-Presse zieht, finden wir in ihm stark ausgeprägt, daß sich der ganze Grimm gegen ein besseres politisches Volksbewußtsein, welches in ganz Deutschland kund

wird, auf die Stadt Mannheim entladet. Da werden alle Anstalten, welche den badischen Handel pflegen sollen, der Regierung zum Vorwurfe gemacht, weil sie in Mannheim und nicht etwa in Freiburg oder Pfullendorf angebracht wurden. Daß Mannheim vermöge seiner Lage, die man ihm einmal nicht nehmen kann, die einzige Handelsstadt in Baden ist, daß der Verkehr, den die Thätigkeit seiner Kaufleute herbeigezogen hat, Anstalten bedarf, wenn er nicht wieder an andere, außer Baden gelegene Städte zurückfallen soll, daß wohl keine Ausgaben nützlicher verwendet werden, als jene, die den Verkehr beleben, wovon das ganze Land Vortheil zieht, — davon wissen und verstehen jene Blätter nichts. Sie werfen der Stadt Mannheim vor, daß sie einen Staatsbeitrag zur Armenunterstützung erhalte. Allein, daß auch andere Städte in gleicher Lage sind, daß Mannheim seine Armen aus eigenen Mitteln unterstützt und der Staatsbeitrag den vielen auswärtigen Armen, die in Mannheim verpflegt werden, zu Gut kommt, daß der Beitrag kein Gnadengeschenk ist, sondern größtentheils auf Verbindlichkeiten als Ersatz für Gefälle, welche der Stadt entzogen wurden, beruht, — das verschweigen sie, denn sie wollen ja nur das Volk täuschen und gegen die liberale Stadt Mannheim aufheizen. Ein Blatt, welches durch theuere Bande an die Interessen von Freiburg geknüpft ist, sollte sich wohl hüten, das Land gegen die Städte aufzubringen. Die Frage wegen der Dotation der Universität Freiburg könnte sonst neben den Beitrag für die Armen in anderen Städten gestellt werden, als Beitrag für die Reichen. Und wenn auf dem letzten Landtage die Hochschule in Freiburg mehr bekam, als sie nachgewiesenermaßen braucht, und wenn sie dieses Mehr der Stimme des Präsidenten Mittermaier verdankte, so steht es jenem städtischen Blatte doppelt schlecht, den „verehrten Präsidenten“ darum scheel anzusehen, weil er lieber mit Männern verkehrt, als mit — Stadtfraubajen.

### Briefe.

Mannheim, 14. Dezember. Die Kälte ist nun seit einigen Tagen eingetreten und die Rheinschifffahrt steht still. Gegen frühere Jahre ist dies sehr spät, denn um die Mitte Novembers pflegten die Schiffer ihre Winterquartiere zu beziehen; allein in diesem Jahre ungewöhnlicher Frucht- und Waarenbezüge ist es doch zu früh. Die hiesige Beurfahrt hat zwar, wie wir unlängst schon bemerkten, das Möglichste geleistet und dies verdankt man hauptsächlich dem lobenswerthen Eifer und der Sachkenntnis des H. W. Müller, Sekretär der Handelskammer. Allein noch liegen, wie man vernimmt, acht und zwanzig hierher bestimmte Schiffe in Cimmerien, welche nun vor dem Frühjahr wohl nicht mehr eintreffen werden. Sie sollen einen ansehnlichen Theil der auf Staatsrechnung gekauften Früchte und auch solche für hiesige Häuser enthalten. — Während uns württembergische, bayerische, preussische, frankfurter und andere Blätter von Veränderungen in der Besetzung höherer Staatsstellen in Karlsruhe berichten, vermissen wir solche Nachrichten in den badischen Blättern; diese müssen über Angelegenheiten schweigen, von denen man



sich in jeder Gesellschaft unterhält, sie dürfen die Nachrichten nicht bringen, welche man in auswärtigen Blättern und in Briefen aus der Residenz erfährt. Für diese Beschränkung der Presse ist weder in den Karlsbader, noch in Bundesbeschlüssen, noch in unserer Pressgesetzgebung, noch selbst in den Censurvorschriften ein Grund oder ein Vorwand zu finden. Es soll zwar ein Erlass, eine Maßregel, eine Vorschrift, oder wie man das Ding sonst nennen will, bestehen, wornach Diensta Nachrichten nicht eher veröffentlicht werden dürfen, als bis das Regierungsblatt sie verkündet hat. Allein wenn eine solche Anordnung besteht, so sollte sie zurückgenommen werden. Abgesehen davon, daß sie, wie die Censur überhaupt, gegen das natürliche und urkundliche Recht des freien Gebrauchs der Presse verstößt, trägt sie auch ein Gepräge der Engherzigkeit und Kleinlichkeit, welches durch den völligen Mangel auch nur eines Scheines der Zweckmäßigkeit oder Nützlichkeit so wie durch die gänzliche Wirkungslosigkeit sogar lächerlich wird. Kommen denn nicht alle diese Nachrichten, wahre und falsche, in den vielgelesenen Zeitungen der Nachbarstaaten doch in das Land; erzählt sie nicht Einer dem Andern auf der Straße? Was hilft es nun, wenn die Censur den Abdruck solcher Mittheilungen aus dem Frankfurter Journal, dem schwäbischen Merkur u. s. w. in den badischen Zeitungen streicht? Es wird wohl nicht ohne Grund vermuthet, daß manche Nachrichten dieser Art aus der Feder von Staatsdienern fließen, ohne daß sie als Verletzung des Amtsgeheimnisses betrachtet werden; warum sollen sie nun gerade in Baden nicht gedruckt werden? Dazu kommt noch, daß nicht überall im Lande jene rechtswidrige, durch nichts zu beschönigende Maßregel eingehalten wird. Die Karlsruher Zeitung hat selbst schon angefangen, Diensta Nachrichten mitzutheilen, bevor sie im Regierungsblatt erschienen waren, und in Freiburger Blättern ist dies auch schon geschehen. Warum soll anderwärts das ärgerliche und vergebliche Streichen öffentlicher Geheimnisse fortbauern? Die allgemeine Zeitung hält eine solche Pressbeschränkung geradezu für unmöglich und glaubt an alle diese Nachrichten in andern Blättern nicht, „weil die badischen“ Blätter nichts davon wissen. — Mit aller Bestimmtheit wird in auswärtigen Blättern gemeldet und bis jetzt von der halbamtlichen Karlsruher Zeitung nicht widersprochen, daß Herr Geh. Rath Rebenius die Stelle eines Präsidenten im Ministerium des Innern mit der eines Präsidenten des Staatsraths vertauscht habe; daß H. Geh. Rath Beck als Präsident des Ministeriums des Innern an die Spitze der Verwaltung trete; Diese und andere Nachrichten machen in bürgerlichen Kreisen keinen unangenehmen Eindruck, indem man sie als Vorzeichen betrachtet, daß manche gegründete Klagen und Beschwerden des Landes und der Kammer über Gebrechen und Uebelstände in der Verwaltung Abhilfe zu erwarten haben. Mit allgemeiner Zufriedenheit würde aber die bestätigte Nachricht aufgenommen werden, daß H. Finanzrath Hoffmann, der in Folge des Uelaststreites nun schon seit mehreren Jahren als badischer Kommissar in Stettin lebt, zurückberufen, und in eine, seinem Geiste und seinen Kenntnissen angemessene Stellung bei der Finanzverwaltung eintreten werde, deren Herde er war und wieder sein würde. — Die Errichtung eines Seminars für Mathematik und Naturwissenschaften, welches mit dem 1. Januar mit der Hochschule in Freiburg in Verbindung gesetzt werden soll, wird, bei zweckmäßiger Einrichtung und Leitung, einem wirklichen

Bedürfnis entsprechen. Wir betrachten dasselbe nämlich als eine Bildungsanstalt für Lehrer an mittleren und höheren technischen Anstalten, so wie für die betreffenden Fächer an gelehrten Mittelschulen. Die höheren Bürgerschulen insbesondere sind neue Anstalten, denen es bisher an Lehrkräften fehlte, welche eigens für ihre Zwecke gebildet waren. Die für die Volkshule oder für die gelehrten Mittelschulen vorbereiteten Lehrer füllten sich in jenen technischen Unterrichtsanstalten häufig nicht zu Hause, oder sie wurden es erst im Verlauf mehrerer Jahre. Die Unterrichtszwecke, sowohl bessere Vorbildung zu einem bürgerlichen Berufe, als Vorbereitung zu einer polytechnischen Schule, konnten deshalb nur unvollkommen erreicht werden. Wenn aber diese Anstalten nicht eine einseitige Richtung nehmen, sondern ganze Menschen bilden sollen, so bedürfen nicht bloß die technischen Fächer, es bedürfen auch die Muttersprache, Geschichte und Erdbeschreibung einer eigenen Behandlung in der Weise, daß sie das allgemein bildende Element, welches an den gelehrten Mittelschulen die alten Sprachen liefern, in sich aufnehmen und verarbeiten. Endlich sollten auch die Schüler an den mittleren und höheren technischen Anstalten in den Begriff und das Wesen der Volkswirtschaftslehre eingeführt werden, die ihnen die Stellung ihres künftigen Berufes in dem Gesamtorganismus menschlicher Thätigkeit und ihr Verhältnis zu demselben klar machen; dies wäre gewissermaßen die Philosophie der Technik und sollte bei dem neuen Seminar für Mathematik und Naturwissenschaften nicht übersehen werden.

#### Verschiedenes.

— Die hannöversische Kammer hat sich gegen die Beschränkung der Ausfuhr von Getreide und Lebensmittel ausgeprochen, weil dieselbe bei der Lage des Landes an der See und an schiffbaren Flüssen unnöthig, und durch ihre Rückwirkung auf die Production und den Verkehr schädlich sein würde; dagegen hat sich die Kammer für die Befreiung der Einfuhr von jeder Abgabe erklärt. Beide Kammern verlangen die Oessentlichkeit der ständischen Verhandlungen.

— Die Oberh. Zeitung spricht von einem Erlasse des Oberstudienraths, wonach den Lehrern jede directe oder indirecte Einwirkung auf die Berufswahl der Schüler strenge untersagt, ihnen dagegen unbenommen sei, nach den gewonnenen Beobachtungen und Erfahrungen den Aeltern mit Rath an die Hand zu gehen, wenn sie darum angesprochen werden; insbesondere wird den Lehrern nicht nur die Befugnis zugesprochen, sondern selbst die Verpflichtung auferlegt, die Aeltern oder Vormünder solcher Schüler, die keine Anlagen zum Studiren haben, davor um so mehr zu warnen, als solche, nicht gehörige ausgerüstete Leute besser einem andern Berufe sich widmen.

— Die Universität Heidelberg zählt in diesem Winterhalbjahre 955 Studirende, wovon 296 Inländer und 659 Ausländer. Unter allen deutschen Universitäten sind nur Berlin, München und Leipzig zahlreicher besucht, aber keine einzige wird von so vielen Ausländern besucht, wie Heidelberg.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbuchhandlung.